

[Newsletter Mai]



Inhalt

Editorial	2
Schulstreit in der Koalition	2
Grünes Licht für Opelbürgerschaft	2
CDU und SPD sagen NEIN zur gesunden Pausenversorgung	3
Wieder mal: Global und regional	3
Abschaffung der Residenzpflicht	4
Initiative mündet in gemeinsamen Antrag	4
Mehr Radverkehr auch im Alltag	4
Für eine geachtete Bürgerpolizei	5
Üppig und Überholt	5
Inklusion braucht Professionalität	6
Schwarz-gelbe Koalition zeigt Solarbranche die rote Karte	6
Wir sehen uns	6



Liebe Freundinnen und Freunde,

dieses Plenum war in vielerlei Hinsicht erkenntnisreich und erfreulich. Zum einen haben wir es als Bündnisgrüne erstmals geschafft, eine Kandidatin für das Thüringer Verfassungsgericht zu platzieren. Elke Heßelmann wurde für uns gewählt. Zum anderen haben wir mit der Einbringung des Ministergesetzes einen Paradigmenwechsel in der altersunabhängigen Pensionsversorgung der Minister gestartet. Doch reibungslos lief das alles nicht. Allein am Freitag wurde die Sitzung um anderthalb Stunden unterbrochen, um einen Eklat bei der Wahl des Gerichtes aufzuklären. Bei der Auszählung der Wahl der Verfassungsrichter lagen 88 Stimmzettel in der Urne, dabei waren nur 86 Abgeordnete anwesend. Und es wurde namentlich und im Gänsemarsch abgestimmt. Ein böser

Streich? Oder wollte jemand auf Nummer sicher gehen? Hatte jemand die Vereinbarungen im Vorfeld verpasst? Auch der Ältestenrat kam nach intensiver Beratung zu keinem andern Schluss, als die Übeltäter zu bitten, sich bei der Präsidentin zu melden.

Aber wie dem auch sei, Politik bringt manchmal überraschend neue Wendungen. Und so wie das Grün in den vergangenen Wochen die Natur im Freistaat verwandelt hat, wollen wir die politische Kultur in Thüringen wandeln.

Nun wünsche ich Euch viel Spaß beim Lesen und ein schönes, erholsames Wochenende im Namen der bündnisgrünen Fraktion im Thüringer Landtag.

Freundlich,
Eure Fraktionsvorsitzende
Anja Siegesmund

„Politik bringt manchmal überraschend neue Wendungen. Und so wie das Grün in den vergangenen Wochen die Natur im Freistaat verwandelt hat, wollen wir die politische Kultur in Thüringen wandeln.“

Grünes Licht für Opelbürgschaft

Die Frage, ob Opel Hilfe vom deutschen Steuerzahler bekommen soll, hat die Landesregierung für Thüringen nun beantwortet.

Der Freistaat hat mit der Entscheidung des Kabinetts seinen Beitrag von 27,2 Millionen Euro bereitgestellt. Dabei liegt auf der Hand, dass der bereitgestellte Bürgschaftsrahmen den Konzern nicht retten kann. Die Bürgschaft kann aber helfen, dass Opel neue technologische Horizonte zur Zukunftssicherung nutzt. „Opel darf nicht länger nur auf den Kassenschlager Corsa setzen, sondern muss mit einem Globalcar die Herstellung eines umweltfreundlichen Öko-Autos vorantreiben“, so unser Landtagsabgeordnete Dirk Adams. Nur ein entschiedener Schritt in Richtung eines preiswert gebauten, effizient und umweltschonend betriebenen Fahrzeuges verheißt eine Zukunft für den deutschen Autobauer. Allerdings sollten staatliche Finanzhilfen an Unternehmen immer die ultima ratio sein. Allein die enorme arbeitsmarktpolitische Bedeutung von Opel Eisenach für den Freistaat Thüringen rechtfertigt, sich dieses letzten Mittels auch zu bedienen. „Eine Schließung des Standorts Eisenach würde nicht nur den Verlust von 1500 Stellen im Eisenacher Werk betreffen, sondern auch tausende Arbeitsplätze bei Zulieferern und Partnern gefährden“, erklärte Adams.

Schulstreit in der Koalition

Wir brauchen mehr Klarheit, Sachlichkeit und die Einbeziehung aller!

Seit geraumer Zeit schwelen die Differenzen in der Koalition um die künftige Schulpolitik in Thüringen. Auch unsere Aktuelle Stunde im Maiplenum wurde erneut zur Bühne gegensätzlicher Ansichten.

Die Gemeinschaftsschule nur als eine Möglichkeit neben dem bisherigen System anzubieten, greift aus Sicht der bündnisgrünen Fraktion zu kurz. „Unser Ziel ist das konsequent umgesetzte längere gemeinsame Lernen bei bestmöglicher individueller Förderung eines jeden Kindes. Schließlich geht es darum, allen Kindern gleichermaßen Bildungschancen zu eröffnen“ betont Astrid Rothe-Beinlich, Bildungspolitische Sprecherin der Landtagsfraktion.

Und da gilt es, auch über den eigenen Tellerrand zu schauen. Wenn die CDU nunmehr bereit ist, die Regelschulen als eine Schule für zu alle zu begreifen, der - so angestrebt - der gymnasiale Abschluss folgt, sollte es auch hier keine Denkverbote geben. Die Landtagsfraktion fordert, diese Schule dann allerdings, auch von der 1. Klasse bis zum Ende der Sekundarstufe I führen, um die frühzeitige Auslese in Klasse 4 endlich zu beenden.

Deutlich kritisiert die grüne Fraktion zudem die Art und Weise der Einführung der Gemeinschaftsschule. „So fehlt noch immer eine Gesetzesgrundlage, es gibt weder Förderrichtlinien, noch klare Aussagen zur Beteiligungsmöglichkeiten von Schulen in freier Trägerschaft. Für uns ist wichtig, dass auch Schulen in freier Trägerschaft von Anfang an mitgedacht und einbezogen werden. Dies scheint beim bisherigen Modell des Ministeriums jedoch ausgeschlossen, was aus unserer Sicht nicht akzeptabel wäre“, schließt Rothe-Beinlich.



CDU und SPD sagen NEIN zur gesunden Pausenversorgung

Der stellvertretende Vorsitzende unserer Fraktion, Dr. Frank Augsten, war enttäuscht darüber, dass die Anträge von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Linken zur Pausenversorgung im Landtag abgelehnt wurden. Dabei waren sich alle Fraktionen im November-Plenum einig zum Thema gewesen.

„Gesundheitszustand und Ernährungsverhalten unserer Kinder geben Anlass zur Sorge“, erklärte Augsten. „Unser Ernährungsverhalten wird in der frühen Jugend ausgeprägt. Deshalb müssen wir heute handeln, damit schlecht- oder mangelernährte Kinder nicht die Kranken von morgen sind.“ Die Grundlagen für eine gesunde Ernährung werden aber nicht nur im Elternhaus, sondern auch in Kindergärten und Schulen gelegt. Das haben Wissenschaft und Politik auch erkannt und inzwischen Maßnahmen ergriffen. So stellt zum Beispiel die EU für die gesunde Pausenversorgung an Grundschulen erhebliche Mittel zur Verfügung. „Thüringen tut sich jedoch schwer bei der Inanspruchnahme dieser Mittel und der Umsetzung der dringend benötigten Programme“, sagte Augsten weiter.

„Das Nein der Regierungskoalition zu unserem Antrag macht deutlich, dass Fachverstand offensichtlich der Fraktionsräson zum Opfer gefallen ist“, erklärte der bündnisgrüne Abgeordnete. „Dass die Landesregierung noch nicht einmal in der Lage ist, über den gegenwärtigen Stand der Programme zu berichten, wirft ein bezeichnendes Licht drauf, wie unwichtig der CDU und der SPD in Thüringen eine gesunde Pausenversorgung an Grundschulen ist.“

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden das Thema aber weiter auf der Agenda halten und fordern ein gezieltes Aktionsprogramm für gesunde Kinderernährung. „Ziel muss es sein, jedem Kind täglich ein qualitativ gutes Essen kostengünstig zur Verfügung zu stellen. Dabei müssen die Standards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung für die Verpflegung von Kindergarten- und Schulkindern verbindlich eingeführt und kontrolliert werden“, betont Augsten.

Wieder mal: Global und regional

Im Plenum wurde auf Antrag der Linken das Thema „Finanzmärkte regulieren – Demokratie und Binnenwirtschaft stärken“ behandelt. Ein Anliegen, dass BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN durchaus teilen.

„Allerdings habe ich mich sofort gefragt, welchen Binnenmarkt die Linke meint“, gestand Carsten Meyer, unser finanzpolitischer Sprecher. Weder der Thüringer noch der deutsche Markt konnten sinnvollerweise gemeint sein. Auch die EU erschien fraglich, hat der Freistaat in diesem Rahmen doch nur wenig Gestaltungsspielraum. „Daher vermutete ich, was gedacht worden ist, entspricht dem, was wir Grünen ‚regionale Kreisläufe‘ nennen“, so Meyer. Die Linke bestätigte diese Auffassung. „Dann könnte sie das aber auch gleich so sagen!“

Ebenso klar muss Meyer zufolge gesagt werden, dass auch Thüringen beim Problem Finanzmärkte nicht nur Objekt, sondern auch Subjekt ist. „Griechenland ist nicht weit weg und auch der Freistaat wird seinen Haushalt nicht nur durch Ausgabenstreichungen sanieren können.“ Vielmehr muss auch auf der Einnahmenseite für eine Verbesserung gesorgt werden. „Und das hat wiederum mit Bundesratsinitiativen zur Regulierung der Finanzmärkte zu tun“, betonte Meyer. In dieser Hinsicht kann der Freistaat aus Sicht von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sogar zum Vorreiter werden. „Wenn die Landesregierung einen tragfähigen Entwurf in den Bundesrat einbringen und eine Mehrheit dafür organisieren würde, hätte sie einmal etwas richtig Innovatives und Kreatives getan – mit Blick auf die internationalen Märkte und die regionalen Kreisläufe“, so Meyer.

Abschaffung der Residenzpflicht

„Bereits seit Jahren unterstützen wir die Forderung nach Abschaffung der Residenzpflicht“, erklärt Astrid Rothe-Beinlich, die migrationspolitische Sprecherin unserer Landtagsfraktion anlässlich der Debatte dazu im Plenum am Freitag und warb um breite Unterstützung.

"In keinem anderen Land der Europäischen Union existiert eine Residenzpflicht. Bei dieser räumlichen Beschränkung handelt es sich um eine Form der Kontrolle des Aufenthaltsortes von Flüchtlingen und Asylsuchenden durch die zuständige Ausländerbehörde. Dies ist aus unserer Sicht nicht vertretbar - zudem machen bereits Bundesländer vor, dass zumindest die Ausweitung der Einschränkung der Bewegungsfreiheit auf das gesamte Bundesland möglich ist. Der Landesregierung steht es schon jetzt frei, die Regelung durch eine Rechtsverordnung auszuweiten.", gibt Astrid Rothe-Beinlich zu bedenken.

"Viele Flüchtlinge und Asylsuchende verletzen aus Unwissenheit die bestehende Regelung, die dann im schlimmsten Fall sogar in einer Gefängnisstrafe münden kann. Nach der geltenden Rechtslage begeht beispielsweise ein Flüchtlingskind, der Mitglied im örtlichen Fußballverein wird, beim ersten Auswärtsspiel, eine Ordnungswidrigkeit und beim zweiten u.U. schon eine Straftat.

So wird die sog. Ausländerkriminalität in der Kriminalitätsstatistik künstlich erhöht, mit der Folge, dass Asylsuchende und Flüchtlinge öffentlich von Teilen der Bevölkerung als kriminell dargestellt würden. Auch deshalb ist es längst geboten, diese menschenunwürdige Regelung endlich abzuschaffen, so die Grünenpolitikerin weiter.

"Die Betroffenen werden durch die Residenzpflicht isoliert und in ihren Integrationsbemühungen nicht nur räumlich, sondern auch sozial eingeschränkt. Auch deshalb meinen wir, dass die Abschaffung selbiger überfällig ist, da sie allen Integrationsbemühungen im Wege steht", schließt Astrid Rothe-Beinlich.

Initiative mündet in gemeinsamen Antrag

Unsere Fraktion hatte in der Woche vor dem Plenum einen Antrag zur Fortsetzung der Arbeit des Runden Tisches „Gewässerschutz Werra/Weser und Kaliproduktion“ eingereicht. Dieser war Anregung der hessischen Bündnisgrünen entstanden, um – wie in diesem Fall auch dringen geboten – länderübergreifend ein abgestimmtes Vorgehen zu erreichen.

Der Antrag mündete in einen gemeinsamen Entwurf, der von den Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD und FDP gemeinsam in den Landtag eingebracht wurde. Unser umweltpolitischer Sprecher, Dr. Frank Augsten, sah darin ein „wichtiges Signal“ an das Unternehmen K+S. „Der Runde Tisch soll als Fachgremium die erforderlichen Maßnahmen zur Lösung der Salzwasserproblematik weiter begleiten. Dabei muss sich die Besetzung des Gremiums an den aktuellen Gegebenheiten orientieren. Es ist jetzt Aufgabe der Landesregierung, die Rahmenbedingungen zu klären, unter denen eine Weiterarbeit möglich ist“, so Dr. Augsten.

Er rief auch die anderen Thüringer Landtagsfraktionen auf, bei ihren KollegInnen in Niedersachsen ein Umdenken herbeizuführen. „Die Laugenabwässer, die seit Jahrzehnten Werra und Weser verschmutzen, sind ein länderübergreifendes Problem. Lösungen für die Reduzierung und umweltverträgliche Entsorgung gibt es nur gemeinsam mit den Nachbarn.“ Die Grünen setzen sich in Niedersachsen bislang als einzige Landtagsfraktion für die Realisierung der Beschlüsse des länderübergreifenden Runden Tisches ein.

Mehr Radverkehr auch im Alltag

Fahrradurlaub wird auch in Thüringen immer beliebter und ist inzwischen als wichtiger Wirtschaftsfaktor anerkannt. Schlechter sieht es in vielen Regionen beim Rad als Alltagsverkehrsmittel aus.

Besonders erfreulich war es deshalb, dass die Ministerpräsidentin in ihrer Regierungserklärung eine spezielle Förderung des Alltagsradverkehrs angekündigt hatte.

Jenni fragte die Landesregierung nach dem Stand der Umsetzung dieses Vorhabens und nach den Zielgrößen für den Radverkehr.

Die Regierung berichtete, dass der Modal Split des Radverkehrs derzeit landesweit 7% betrage. Es mache jedoch keinen Sinn eine landesweite Zielgröße festzulegen, da diese regional sehr unterschiedlich sei. Dies sei in Stadt und Land, Berg und Tal kaum zu vergleichen. Der Radanteil im Modal Split solle aber kontinuierlich ausgebaut werden. Zur Unterstützung dieser Strategie sei ein Radroutenplaner in Auftrag gegeben worden, der Mitte Juni zur Verfügung stehen soll. Dieser schaffe Transparenz für die Radfahrmöglichkeiten. Jennifer gab zu bedenken, dass ohne Zielgröße keine effiziente Erfolgskontrolle der Maßnahmen möglich sei und schlug vor, regionale Zielgrößen zu definieren, die dann zu einem landesweiten Ziel zusammengefasst werden könnten. Hierdurch könne auch die bereits beim Radroutenplaner erfolgreich erprobte Zusammenarbeit mit den Regionen weiter ausgebaut werden.

Für eine geachtete Bürgerpolizei

Die bündnisgrüne Fraktion sprach sich ganz klar für die Schaffung einer Polizeibeschwerdestelle für Thüringen aus.

„Eine Bürgerpolizei, hoch akzeptiert, geachtet und effektiv eingesetzt, ist doch eine Vision, der man sich nähern muss“, meinte der innenpolitische Sprecher der Fraktion, Dirk Adams. Eine Beschwerdestelle sollte daher allen BürgerInnen und PolizistInnen offen stehen. „Ein großes Ziel, dem wir uns nur in Etappen nähern können – gleichwohl müssen wir die ersten Schritte gehen.“ Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind die Eckdaten klar: Die Stelle muss unabhängig sein, anonym angesprochen werden können, selbst ermitteln können und entsprechend personell ausgestattet sein.

„Der Weg zu einer solchen Polizeibeschwerdestelle ist alternativlos“, betonte Adams. Er verwies darauf, dass bereits bei einer Tagung der grünen Bundestagsfraktion im Jahr 2008 aufgezeigt wurde, dass es der nordirischen Polizei gelungen ist, Ihre Akzeptanz und Bürgernähe durch eine solche Beschwerdestelle zu erhöhen. „Es geht nicht um Misstrauen, sondern um ein besseres Miteinander“, so Adams. „Dies sollte uns auch die nötigen Ausgaben wert sein.“ Mit Erstaunen registrierte er, dass der MDR von einer Offenheit des Innenministers gegenüber dieser Idee berichtete. Und noch erstaunlicher war, dass die Regierungsparteien dies dementierten!

Üppig und Überholt

Das Thüringer Ministergesetz gilt als das großzügigste im Ländervergleich. Man könnte auch sagen als das verschwenderischste. Weder CDU, DIE LINKE, SPD und die sonst auf Sparsamkeit bedachte FDP hielten es selbst nach der Debatte um das Ruhegeld von Dieter Althaus nicht für nötig die Reform des Gesetzes unverzüglich anzupacken.

In der vergangenen Woche haben wir zusammen mit unseren Landessprecher Dieter Lauinger nun die Initiative ergriffen und der Öffentlichkeit ein neues Thüringer Ministergesetz präsentiert, dass wir in dieser Woche ins Plenum eingebracht haben. Die Änderung ist längst überfällig, denn die mehr als üppige Versorgung der Amtsinhaber im Freistaat ist gegenüber den Bürgerinnen und Bürger zu einer Zeit in der alle vom sparen reden nicht mehr zu rechtfertigen.

Unsere Fraktion fordert, dass die erworbenen Ruhegeldansprüche aus einer Tätigkeit als Mitglied der Thüringer Landesregierung so wie bei allen BürgerInnen erst ab Erreichen des Rentenalters und nicht früher ausgezahlt werden. Zudem soll es eine Deckelung der Ruhegelder bei 71,75 Prozent der Bezüge sowie eine Anrechnung weiterer Einkünfte geben. Fraktionsvorsitzende Anja Siegesmund betonte gegenüber der Presse und im Plenum, dass mit dem Entwurf von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Thüringen seinen Sonderweg bei den Ruhegeldansprüchen von MinisterInnen beenden würde. Und das dies sei angesichts der Haushaltslage ja eigentlich selbstverständlich.

Der Gesetzesvorschlag von Dieter und unserer Fraktion wurde von allen Fraktionen in den Justizausschuss überweisen. Spätestens im Herbst wird er dann wohl gemeinsam mit dem eilig angekündigten eigenen Gesetzesentwurf der Landesregierung beraten werden.

Eine Thüringer MinisterIn erwirbt den jetzigen Regelungen zufolge nach zehn Jahren Landtagszugehörigkeit und weiteren fünf Jahren im Amt einen Ruhegehaltsanspruch in Höhe von 62,5 Prozent der Ministerbezüge. Die Auszahlung beginnt sofort nach dem Ausscheiden aus dem Amt, nicht erst mit dem Eintritt ins Rentenalter. Damit ist beispielsweise Bauminister Christian Carius (CDU) im Herbst 2014 im Alter von nur 38 Jahren Anspruchsberechtigt. Nach weiteren fünf Jahren als Minister würde er schon die Höchstversorgung von 75 Prozent erreichen.

Inklusion braucht Professionalität

Aktuell sind in Thüringen ca. 270 Schulbegleiter aktiv, die behinderten Kindern und Jugendlichen den gemeinsamen Unterricht außerhalb von Förderschulen ermöglichen, indem sie diese durch den Schulalltag begleiten. Sie helfen räumliche, personelle und sächliche Barrieren zu beheben und in individueller Betreuung Nachteile, die sich aus den verschiedensten Beeinträchtigungen der Schüler mit Handicap ergeben, auszugleichen.

Die Situation der IntegrationshelferInnen sog. Schulbegleiter war auf Antrag der Fraktion DIE LINKE Thema im letzten Landtagsplenum. Astrid Rothe-Beinlich, Bildungspolitikerin der Bündnisgrünen im Thüringer Landtag, plädiert für eine konsequente Durchführung eines integrativen Unterrichts. „Es braucht endlich einheitliche berufliche Standards und verlässliche Rahmenbedingungen, die eine kontinuierliche Arbeit der Begleiterinnen mit den Kindern und Jugendlichen ermöglichen“, erklärt Rothe-Beinlich.

„Damit Inklusion gelingen kann, braucht es auch mehr Informationen und mehr Transparenz über die Möglichkeiten, Aufgaben und Rechte der Schulbegleiterinnen an den Schulen“, betont unsere bildungspolitische Sprecherin der Landtagsfraktion, Astrid Rothe-Beinlich, die dazu auch eine Anfrage an die Landesregierung formuliert hat, in der wir uns Antworten auf viele offene Fragen erhoffen.

Schwarz-gelbe Koalition zeigt Solarbranche die rote Karte

Die Solarindustrie hat es in diesen Tagen schwer im Freistaat – und das, obwohl der hiesige Wirtschaftsminister ein klarer Befürworter für regenerative Energien ist. Doch all dies nützt nichts, wenn die schwarz-gelbe Realität auf Bundesebene an energiepolitisch überkommenen Lobbyismus festhält. So hat die Bundesregierung gleich 2 Päckchen geschnürt, welche nicht nur die Thüringer Solarbranche zu tragen hat. Als erste Hiobsbotschaft wurde das Marktanzreizprogramm für erneuerbare Energien im Wärmebereich eingefroren. Dies bedeutet das Aus einer Förderung für: Solarkollektoren, Biomasseheizungen, kleine Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen, Wärmepumpen sowie für Klimaschutzprojekte in Kommunen und das Programm zur Steigerung der Energieeffizienz in der Landwirtschaft und im Gartenbau. Als weiteren energetischen faux-pas hat die Bundesregierung auch noch eine überzogene Kürzung der Einspeisevergütung beschlossen. „Mit diesem vorsätzlichen Schlag gegen die erneuerbaren Energien zeigt die schwarz-gelbe Koalition in Berlin jetzt ihr wahres Gesicht“, so Adams. Die seitens der Bundesregierung geplanten übermäßigen und viel zu kurzfristigen Kürzungspläne sind ein herber Schlag für die zukunftssträchtige Branche. Tausende Arbeitsplätze in Thüringen sind in Gefahr. Die Bürgerinnen und Bürger vor Ort, die Beschäftigten in den größtenteils mittelständischen Betrieben, das Handwerk, die Planungsbüros - sie alle brauchen Sicherheit. Mehr als drei Viertel aller in Deutschland produzierten Solarmodule werden in den neuen Bundesländern hergestellt. Auch im Freistaat haben sich zukunftsfähige Wirtschaftsregionen entwickelt. Die Pläne der Bundesregierung setzen diese Erfolgsgeschichte mutwillig aufs Spiel. Der Freistaat Thüringen ist nun gefragt eigene Initiativen auf den Weg zu bringen, um die ökonomischen Vorteile der regenerativen Energien effizient zu nutzen. „Gern sind wir Grünen dabei behilflich“, verspricht Adams.

Wir sehen uns:

Am 12. Juni ist Tag der offenen Tür im Thüringer Landtag. Und wir bringen euch nach diesem schleppenden Frühlingsanfang ein Stück Sommer nach Erfurt. Besucht unseren Strand direkt vor dem Haupteingang und macht es euch in einer Sonnenliege gemütlich! Los geht's 10 Uhr – wir freuen uns auf euch!

Der nächste Newsletter erscheint nach dem Juni-Plenum am 18. Juni 2010.